

Parlamentarisches. Verhandlungen.

Aufbesserung der Krankenversicherung. — Ein grauenhafter Vorfall auf dem Wiener Ostbahnhof.

Die Regierung hat heute die Verhandlungen mit den Parteien der Opposition über deren Haltung zum Budgetprovisorium aufgenommen. Ministerpräsident Dr. A. v. Seidler hatte heute mit dem Obmannstellvertreter des Polenklub Abg. Daszynski, der gestern der Sprecher des Polenklubs in der Budgetdebatte gewesen war, eine eingehende Besprechung, über die sodann Abgeordneter Daszynski dem Präsidium des Klubs berichtete, das unter Vorsitz des derzeit geschäftsführenden Obmannstellvertreters Abg. Dr. Glombinski sich beriet. Es wurde beschlossen, für morgen die parlamentarische Kommission des Klubs einzuberufen und dort die Forderungen des Klubs an die Regierung festzulegen. Diese sollen dann am Freitag nachmittags dem Ministerpräsidenten vom Präsidium des Klubs überreicht werden. Da ein Teil der polnischen Beschwerden auch die Interessen unserer Bundesgenossen berührt und in die auswärtige Politik hinüberspielt, wie die Politik der Mittelmächte gegenüber Polen und die Stellung der polnischen Legion, wird der Klubvorstand gemäß einem Klubbeschluss auch mit der gemeinsamen Regierung in Fühlung treten und am Samstag vom Minister des Aeußern Grafen Czernin empfangen werden.

Für Freitag ist vom Ministerpräsidenten auch der Klubvorstand der Ukrainer zu einer Besprechung eingeladen worden.

Die Verhandlungen der Regierung sollen nun endlich Klarheit geben über die parlamentarische Lage. Es bestehen Zweifel darüber, ob es günstig war, mit dem Gedankenaustausch zwischen Regierung und den Parteien bis zur unmittelbaren Zwangslage, bis den Abstimmungen im Ausschusse selbst, zuzuwarten und in jenen Kreisen der Opposition, die das Verantwortungsgefühl für das Schicksal des Parlamentes noch nicht verloren haben — hieher gehören teilweise auch tschechische Gruppen — macht sich ein Gefühl des Unbehagens über dieses späte Eingreifen der Regierung kund, infolgedessen sich die Parteien in der ersten Lesung bereits vielfach auf eine schärfere Tonart festgelegt haben, als andernfalls notwendig gewesen wäre. Es spricht aber andererseits daraus auch die Tatsache, daß die Parteien, vor die unmittelbare Entscheidung gestellt, weit nüchterner und klarer die Lage beurteilen. Der Standpunkt der staatserkhaltenden Parteien ist gegeben: das Notwendige muß vor dem Nützlichen den Vorrang haben und das Notwendige sind der Staat, der Staatshaushalt und die Staatskredite — zumal im Kriege — das Nützliche ist der Weiterbestand des Parlamentarismus. Auch die Opposition hat ein Interesse daran, das Notwendige mit dem Nützlichen zu vereinen, ja, ihr Interesse an der Erhaltung der verfassungsmäßigen Tribüne ist gewiß, wenn nicht größer, so doch egoistischer und darum mächtiger. Für diese Verhandlungen steht eine Frist von 14 Tagen offen. Wenn es aber in dieser Zeit nicht gelingen sollte, das parlamentarische Wirrsal weiter zu klären als nur bis zur kümmerlichen Sicherung des Budgetprovisoriums, wäre dieser Erfolg allein zu wenig, um sich dessen freuen zu können.

Der Deutsche Nationalverband ist heute in eine Krise getreten; er hat den deutschradikalen Antrag, die Funktionen in den Ausschüssen niederzulegen, vertagt und die Deutschradikalen drohen daraus die Sprengung des Verbandes abzuleiten. Die Folgen der von der den Deutschradikalen geforderten Schritte in den Ausschüssen wären außerordentlich gefährlich, noch bedenklicher wäre aber die Sprengung des Verbandes, die z. B. den tschechischen Verband zum stärksten des Hauses und damit zum Anwärter auf das Präsidium des Hauses machen würde. Die Erregung über die slavisch-sozialdemokratischen Vorgänge im Hause ist bei allen deutschen Parteien groß, aber trotzdem kann es nicht Aufgabe der Deutschen sein, den Ring noch schmieden zu helfen, der eine Mehrheit gegen die Deutschen bedeuten würde. Auch von deutschnationaler Seite ist heute die Mahnung ergangen, nicht die Nerven zu verlieren und durchzuhalten.